

Wichtiger als der Euro

Von Heribert Prantl

Angeblich geht es nicht anders in der Euro-Krise: Es muss einfach durchregiert werden; die Märkte warten nicht; es muss alles schnell gehen; die Exekutive muss effektiv handeln; Entschlossenheit ist Trumpf. Das erste Gebot der EU-Krisenpolitik heißt daher: Keine Zeit, keine Zeit. Das zweite: Noch schneller noch mehr Milliarden ausgeben. Das dritte: Keine Rücksicht nehmen auf die Parlamente. Das vierte: Erst kommt der Markt, dann kommt der Mensch. Das fünfte: Die alten demokratischen Regeln sind untauglich für das neue Europa. Die Krise sei nun einmal, so heißt es zur Begründung, die Stunde der Exekutive.

Das mag so sein. Das Problem dabei ist: Die Euro-Krise dauert nicht eine Stunde, sondern schon zweieinhalb Jahre. Gut zwei Dutzend EU-Gipfeltreffen, allesamt sogenannte Krisengipfel, haben in gut zwei Jahren die Parlamente an den Rand gedrängt. Die Demokratie ist verrückt geworden. Der Einfluss des Parlaments, des zentralen Ortes der Demokratie, hat in unglaublicher Weise abgenommen. Die parlamentarische Demokratie im Krisen-Europa ist notleidend.

In dieser Not springt leider nicht der Europäische Gerichtshof in Luxemburg, der immer noch ein Wirtschafts-Gerichtshof, aber kein Verfassungs-Gerichtshof ist, dem Parlamentarismus zur Seite. Aber immerhin das deutsche Bundesverfassungsgericht greift rettend ein - soeben wieder, in einem fulminanten Urteil. Das Gericht ist nicht blauäugig. Es weiß, dass es Situationen gibt, in denen eine Regierung schnell handeln muss. Aber diese Situation darf nicht ewig dauern, die Not darf nicht selbstherrlich ausgenutzt, aus der parlamentarischen Demokratie keine Notverordnungs-Demokratie werden. Derzeit ist es so: Jede Aktion, die den Euro kräftigen soll, entkräftet die Parlamente.

Am EU-Parlament gehen alle Rettungsmaßnahmen komplett vorbei; die europäischen Volksvertreter sind nur Zuschauer. Den nationalen Parlamenten geht es wenig besser; die dortigen Volksvertreter dürfen immerhin genehmigen, was ihre Regierungen beschlossen haben. Der Bundestag darf jeweils 'passt schon' sagen zu dem, was eigentlich nicht passt: zur Entparlamentarisierung der Politik, die im Lauf der Euro-Krise vom schleichenden ins galoppierende Stadium übergegangen ist. Das Bundesverfassungsgericht versucht, Urteil für Urteil, den Bundestag wieder in seine Rechte einzusetzen. Die Verfassungsrichter erklären der Kanzlerin, dass die repräsentative Demokratie nicht darin besteht, dass sie allein die Repräsentantin ist. Sie erklären der Bundesregierung, dass der Bundestag weder Störer noch Zuschauer der Politik ist, sondern ihr Mitgestalter - dass der Bundestag deshalb über jedwede europäische Pakte rechtzeitig umfassend informiert werden muss. Karlsruhe proklamiert so etwas wie ein Grundrecht des Parlaments auf umfassende Kommunikation in allen europäischen Angelegenheiten.

Die Parlamente sind nicht die Bettler unter dem europäischen Tisch, die darauf warten müssen, dass Krümel vom Tisch des Rates herunterfallen. In diese Rolle hat sie aber die EU-Politik gedrängt, diese Rolle hat die Merkel-Politik den Bundestagsabgeordneten zugewiesen. Das Verfassungsgericht setzt diese nun wieder an den Tisch - dorthin, wo sie in einer Demokratie hingehören. Demokratie ist keine exklusive Veranstaltung der Exekutive. Wenn in europäischen Angelegenheiten die Volksvertreter mehr und mehr ausgeschlossen werden, dann muss man sich nicht wundern, wenn das Volk mehr und mehr murt und gegen Europa rebelliert.

Es geht um das Vertrauen in den demokratischen Prozess: Die Wertschöpfungsanlagen für dieses Vertrauen sind die Parlamente. Sie werden in der medialen Öffentlichkeit allzu oft als Ort des Streits diskreditiert. Wo sonst aber soll über Europa gestritten werden? In der Krise gibt es einerseits die berechtigte Klage über eine kastrierte Demokratie, andererseits eine besondere Lust auf Alexander-Politik. Das passt nicht zusammen: Die Sehnsucht nach Regierungshelden, die den gordischen Knoten mit einem Schlag zerhauen, ist undemokratisch. Am autokratischen Wesen von zwei oder drei EU-Regierungschefs wird Europa nicht genesen. Wer ständig eine Ruck-Zuck-Politik fordert, darf sich nicht wundern, wenn ruck, zuck die Demokratie verdirbt.

Vor einem knappen Jahr, bei der Entscheidung zum Euro-Stabilisierungsmechanismus, haben die Richter (wie schon in den Urteilen zu den Verträgen von Maastricht und Lissabon) gefordert, dass dem Bundestag 'Aufgaben und Befugnisse von substantiellem Gewicht verbleiben' müssen. Man könnte das Gefühl haben, dass es sich um vergebliche Liebesmüh handelt. Ganz so ist es nicht: Beim Fiskalpakt, um den derzeit im Parlament gerungen wird, hat die Regierung, eingedenk der Mahnungen des Verfassungsgerichts, die Beteiligungsrechte schon besser beachtet als früher.

Demokratie ist keine Veranstaltung nur für gute Zeiten. Sie muss sich auch in Krisenzeiten bewähren. Wer die Parlamente - zur angeblichen Bewältigung von Krisen - umgeht oder abschaltet, der verstärkt die Krise, die er bewältigen will. Not kennt ein Gebot: Es heißt Demokratie. Sie ist wichtiger als der Euro. S.Z. 20.6.12